

Pressemitteilung
Kiel, 11.09.2006

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 74
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: info@ssw.de

CDU soll sich zu politischen Rechten der Minderheiten bekennen

Anlässlich der aktuellen Debatte um die Parlamentsmandate der deutschen Minderheit in Polen fordert der SSW die CDU auf, sich auch eindeutig zu den politischen Rechten der dänischen Minderheit zu bekennen. □Wer sich jetzt glaubwürdig für die deutsche Minderheit in Polen einsetzen will, muss auch die Rechte der dänischen Minderheit zur politischen Mitbestimmung uneingeschränkt anerkennen□, erklärt die Vorsitzende des SSW im Landtag, Anke Spoorendonk.

□Jetzt wird deutlich, wie groß der politische Flurschaden ist, wenn man aus tagespolitischen Gründen die politischen Rechte von nationalen Minderheiten in Frage stellt. Die Diskussion in Polen um die Befreiung der deutschen Minderheit von der 5%-Hürde sollte auch in Deutschland Anlass geben, noch einmal über den eigenen Umgang mit Minderheitenrechten nachzudenken.

Nach der schleswig-holsteinischen Landtagswahl im Februar 2005 haben der CDU-Bundestagsabgeordnete Wolfgang Börnsen und eine Reihe führender CDU/CSU-Politiker aus Bund und Ländern der dänischen Minderheit das Recht abgesprochen, sich mit vollgültigen Mandaten in die deutsche Politik einzumischen. Damit haben sie es schwer gemacht, jetzt glaubwürdig für die Rechte der deutschen Minderheit in Polen zu argumentieren. Die Union hat jetzt hoffentlich begriffen, wie schädlich es ist, aus parteitaktischen Gründen

die Minderheitenpolitik in Frage zu stellen. Sie muss die Gelegenheit nutzen, um klarzustellen, dass der SSW sich im Frühjahr 2005 an der Regierungsbildung in Schleswig-Holstein beteiligen durfte.

Sowohl die deutsche Minderheit in Polen als auch die dänische Minderheit in Schleswig-Holstein haben das volle Recht, sich in die Politik in ihrer Heimat einzumischen. Die dänische Minderheit wird auch weiterhin dieses Recht für sich in Anspruch nehmen. Dazu gehört, dass der SSW seine Stimmen in alle Fragen bis hin zur Regierungsbildung in die Waagschale werfen wird. Das ist unser volles Recht und das ist unsere demokratische Pflicht. Wir hoffen, dass es trotz der nationalistischen Muskelspiele vor der Kommunalwahl in Polen auch dort noch gelingt, die politischen Rechte der deutschen Minderheit zu erhalten.□